

# Bedrängte und verfolgte Christen und Menschen in großer Not

## Newsletter Oktober 2023

Verantwortlich: Ernst Herbert, Pfarrer i.R. Tel. 09181/254162  
Badstraße 17 b, 92318 Neumarkt – [eg.herbert@t-online.de](mailto:eg.herbert@t-online.de)



**Nigeria – in der größten Demokratie der Welt mit mehr als 200 Millionen Einwohnern, hat sich die Sicherheitslage vor allem für die annähernd 100 Millionen Christen dramatisch verschlechtert.**

*Quelle: KIRCHE IN NOT – Bericht 2023: Religionsfreiheit weltweit.*

*Unter britischer Kolonialherrschaft wurden in Nigeria Gebiete mit unterschiedlichen ethnischen, politischen und religiösen Gegebenheiten zu einem Land vereint. Die überwiegend im Süden lebenden Christen haben mit 46,2 % den größten Anteil an der Bevölkerung. Die hauptsächlich im Norden lebenden Muslime haben einen Anteil von 45,8 %, wobei im Norden auch Christen und im Süden Muslime angesiedelt sind. Im nordöstlichen Bundesstaat Borno, in dem die Terrorgruppe Boko Haram ihren Ursprung nahm, haben Christen beispielsweise einen Bevölkerungsanteil von 30 %. Trotz des insgesamt ausgeglichenen Verhältnisses von Christen und Muslimen wird immer wieder behauptet, dass der Islam die Mehrheitsreligion in Nigeria ist. Verstärkt wird dieser falsche Eindruck durch die Tatsache, dass Nigeria seit 1986 Mitglied der Organisation für „Islamische Zusammenarbeit“ (OIC) ist, einer Allianz aus 57 Ländern, in denen Muslime die Bevölkerungsmehrheit bilden. Die Anwendung der Scharia in 12 der 36 Bundesstaaten Nigerias verschärfen die Spannungen der beiden großen Religionen.*

Obwohl die annähernd 100 Millionen Christen im Land fast 50 % der Bevölkerung ausmachen, beklagen die christlichen Bewohner der nördlichen Bundesstaaten eine systematische und tief verwurzelte religiöse Diskriminierung. Die Umstände erinnern an die Situation der christlichen Minderheiten in Pakistan, Sudan, Irak und in den arabischen Ländern. In Nordnigeria, insbesondere in den Bundesstaaten, in denen die Scharia angewendet wird, wirkt sich die Einschränkung der Religionsfreiheit und der demokratischen Rechte in vielfältiger Weise auf die Christen aus. Im Einklang mit der Verfassung kommt im Norden die Scharia und im Süden das Strafgesetzbuch des Landes zur Anwendung. Christliche Mädchen und Frauen werden entführt, vergewaltigt und zwangsverheiratet, ohne dass sie sich rechtlich wehren können. Muslimische Männer dürfen eine Christin heiraten, aber christliche Männer dürfen keine Muslimin heiraten.

Traditionelle ethische Werte der Muslime werden häufig auch gegenüber Nichtmuslimen unter Zwang durchgesetzt. Christen werden von der Politik ausgeschlossen und bei der Rekrutierung von Polizei- und Militärkräften benachteiligt. Christlichen Kirchen ist es untersagt, Grundstücke zu kaufen oder Kirchen oder Kapellen zu bauen. An staatlichen Schulen ist christlicher Religionsunterricht verboten, islamische Lehrer hingegen werden an allen staatlichen Schulen beschäftigt. Christen werden bei der Arbeitssuche und in öffentlichen Ämtern diskriminiert. Ihnen wird der Zugang zu Sozialhilfe erschwert. Viele christliche Schüler lassen ihre Namen ändern, damit sie für Ausbildungsgänge zugelassen werden. Im Norden und im Middle Belt sind Gläubige, vor allem Christen, den unsäglichen Gräueltaten bewaffneter Gruppen (Boko Haram, ISWAP, Fulani-Milizen) ausgesetzt.